

Schüler machen Gesetze - ein Tag als EU-Entscheidungssträger

Ganz schön spannend - diese Gesetzgebung! Zu dieser Erkenntnis kamen 40 Schülerinnen und Schüler der Klassenstufe 12 und 13 der Integrierten Gesamtschule Mutterstadt. Sie nahmen am 30. Oktober an einem Planspiel zum Gesetzgebungsverfahren der EU teil und schlüpften dabei für einen Tag in die Rolle eines EU-Entscheidungssträgers.

Möglich gemacht wurde das Planspiel durch die regionale Vertretung der Europäischen Kommission in Bonn, die derzeit die Planspielreihe „Welches Europa wollen wir?“ in Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz und dem Saarland durchführt. An diesem Tag konnten die Schülerinnen und Schüler in ganz verschiedene Rollen schlüpfen. Als Mitglied der Europäischen Kommission, Abgeordneter des Europäischen Parlaments, Regierungsmitglied eines Mitgliedslandes im Ministerrat oder auch in der Rolle der Lobbyisten diskutierten sie verschiedene Standpunkte zum Thema Biokraftstoffe. Am Ende des Tages sollte dabei eine gemeinsame Position zu einer Gesetzesvorlage entstehen. Leichter gesagt, als getan. Getreu dem Spruch: „Nur wer selbst für etwas brennt, kann in anderen ein Feuer entfachen“, versuchte man sich gegenseitig von seinem eigenen Standpunkt zu überzeugen. Dies ist allerdings gar nicht so einfach, wie die Schülerin Leonie Wächter in der Rolle der Umwelt- und Naturschutzlobby feststellte: „Ich fand es schwierig, die Abgeordneten zu beeinflussen. Obwohl wir Experten auf unserem Gebiet waren, haben sie nicht immer auf uns gehört und trotzdem abgestimmt, wie sie wollten.“

Der Tag war gefüllt mit hitzigen Diskussionen und Debatten. Die verschiedenen Argumente wurden - wie auch im echten Leben - im Plenum ausgetauscht und abgewogen. Neben der Ausarbeitung der gemeinsamen Position waren die intensive Debatte über den Vorschlag und das Erstellen von Änderungsanträgen die zentralen Lernfelder des Tages. Als Highlight stand am Ende eine finale Abstimmung getreu nach den Verfahren der EU.

Besonderes Lob gebührte an diesem Tag den Vorsitzenden und Vizevorsitzenden der Europäischen Institutionen. Sie hatten die Aufgabe, die Reden im Plenum sowie die Pressekonferenz zu leiten und die verschiedenen Interessen in Einklang zu bringen. Am Nachmittag erhielten die Teilnehmer zudem noch Besuch von Dr. Stephan Koppelberg, Leiter der Regionalvertretung der Europäischen Kommission in Bonn.

Nach den Erfahrungen des Tages gab es zahlreiche Fragen und so entwickelte sich eine angelegte Diskussion. Dr. Koppelberg begleitete die Schülerinnen und Schüler noch in die finale Debatte, an deren Ende auch über die Richtlinie abgestimmt wurde.

Und wie ging es aus? Ab sofort soll in allen Mitgliedstaaten auf Biokraftstoffe der zweiten Generation umgestellt werden. Dazu sollen ein Fonds und ein Forschungsinstitut gegründet werden, in dem zum Teil die EU und zum Teil die Länder einzahlen. Einigkeit bestand in den beiden Kammern auch darüber, dass die Automobilindustrie verpflichtet werden soll, bis 2020 effizientere Motoren mit Stop-and-Go-Funktion auf den Markt zu bringen, um die Schadstoffemissionen zu senken. Wegen heftiger Proteste einzelner Mitgliedstaaten scheiterte allerdings die Einführung eines europaweiten Tempolimits von 100 km/h auf Autobahnen. Der erarbeitete Richtlinienvorschlag wurde dennoch bei der finalen Abstimmung mit knapper Mehrheit angenommen.